

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,
Aden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger:
Gebr. Kämpf, Dresden
und Edl. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alttadt

Abonnementspreis einschließlich Dringelohn in der 47. Woche vom 17. November bis 23. November 630 Milliarden M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 126 Milliarden M., Einzelnummer 120 Milliarden M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10, Tel. 25 261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10, Tel. 25 261.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 100 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 120 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietsuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefunterlegung 10 Pf.

Nr. 268

Dresden, Sonnabend den 17. November 1923

34. Jahrg.

Im besetzten Sachsen!

Wie die Reichswehr Ordnung schafft — Bisherige Ergebnisse: 34 Tote, 110 bis 130 Verwundete

Preußen, Württemberg, Mecklenburger und andre Reichswehrcorps sind vor knapp vier Wochen in Sachsen einmarschiert, um „Ruhe und Ordnung“ herzustellen, die wohl nirgends in Deutschland weniger gestört war, als gerade in Sachsen. Wie die Reichswehr in den verschiedenen sächsischen Dörfern und Städten für Ruhe und Ordnung sorgte, mag folgende Zusammenstellung zeigen, die durchaus keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

21. Oktober. Einmarsch in Bischofswerda. Hausdurchsuchungen nach Waffen — die Bewohner werden dabei in ihre Stuben eingesperrt. Ergebnislos.

22. Oktober. Einmarsch in Reichen. Kavallerie-Attache auf die Neugierigen, scharfe Schüsse. Ergebnis: drei Verwundete. Verhaftungen.

Borna. Leute werden aus nachigen Gründen geschlagen.

Regis. Trotz Protest der Lehrer wird die Schule besetzt und dadurch der Schulunterricht gestört.

Röhren. Eine Gemeinderatsversammlung wird durch einen Leutnant und 20 Mann aufgebrochen, Gemeindevorstand und zwei Gemeinderatsmitglieder verhaftet.

23. Oktober. Einmarsch in Pirna. Eisenwerkstoffe, die vor dem Rathaus auf Auszahlung ihrer Unterstufung warten, werden ohne Grund beschossen. Ein Toter, sechs Verwundete. Auch in andern Teilen der Stadt gibt es Schüsse und Leichtverletzte. Zahlreiche Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Der in seiner Mehrheit bürgerliche Rat der Stadt protestiert in einem öffentlichen Aufruf gegen das Vorgehen der Reichswehr.

Kummersdorf in Freital. Verhaftete Zivilisten werden mit der Hundepelle geprügelt, andre ins Gefängnis geschlagen, ein Arbeiter wird angeschossen, ein Arbeiter mit dem Kopf durch eine Scheibe gestochen.

Freiberg. Eine Frau, die mit ihrem blinden Mann über den Obermarkt geht, wird niederschlagen. Ein Zivilist, der eine verletzte Frau trägt, wird von einem Reichswehrcorps getötet. Zahlreiche Leute werden ohne Ursache mit Gummiknüppeln geschlagen, ein alter Arbeiter und ein Invalide derart, daß sie liegen bleiben. Ein kleines Kind wird überrollt, ohne daß sich der Reiter darum kümmert. Der sich um das Kind mühende Arbeiterjamaite wird geschlagen und verhaftet.

Einmarsch in Plauen. Der Verkehr wird abgesperrt, der Fernsprechoverkehr eingestellt, die Stadtgrenze darf nur mit Aus-

weis passiert werden. Panzerkorpswagen und Geschütze werden aufgeföhren. Zahlreiche Verhaftungen, darunter zwei Stadtoberordnete, und Hausdurchsuchungen.

24. Oktober. Die von einem Regierungskommissar beauftragte Waffenfunde bei Angehörigen des Jungdeutschen Bundes wird vom Wehrkreiskommando verboten.

24. Oktober. Ein weiteres Todesopfer in Pirna. Gitterseer. Ein Schulleiter wird verhaftet, weil er sich gegen die Besetzung der Turnhalle durch die Reichswehr verweigert.

25. Oktober. Dresden. Das Polizeipräsidium wird besetzt. Regierungsrat Kowatz, Polizeihauptmann Kappel und ein Chauffeur in Schutzhaft genommen.

Niederzieslitz. Die Schule wird von der Reichswehr besetzt und muß geschlossen werden.

Dobitzsch wird umstellt und nach Waffen durchsucht. Ergebnisse.

Tharandt wird besetzt, 7 Verhaftungen. Eine Wohnung erdrückt, mehrere andre durchsucht.

Freital. Der angeschossene Kutscher ist gestorben. Das erste Todesopfer im Plauenschen Grund seit der Revolution.

Zwei Panzerzüge „sichern“ die Strecke Görlitz-Dresden.

26. Oktober. Freiberg. Generalfreiwiliger der Arbeiter wegen des rücksichtslosen Vorgehens der Reichswehr.

Brand-Erbisdorf wird morgens um 8 Uhr umstellt. Auswärtige Arbeiter, die zu ihrer Arbeitsstätte wollen, müssen unter den üblichen Mißhandlungen wieder umkehren. Einige werden mit Gummiknüppeln geschlagen und zur Wache gebracht. Generalfreiwiliger der Arbeiter.

27. Oktober. Blausonnabend in Freiberg. Durch Maschinengewehrfeuer 14 Tote, viele Verwundete. Kurz darauf wird von einem Reichswehrcorps ohne vorherige Warnung nachmal geschossen: 8 Tote, darunter ein Samariter. Die von einem Samariter hochgehaltene rote-Kreuz-Flagge wird durchschossen.

28. Oktober. Reichswehr besetzt sämtliche Ministerien, Landtagsgebäude und Telegraphenamt. Die Minister werden aus ihren Amtszimmern getrieben. Der Zusammentritt des Landtages wird verboten.

Bisheriges Ergebnis des Freiburger Blutbades: 25 Tote, 22 Schwer-, 50 bis 60 Leichtverletzte, unter den Toten und Verwundeten zwei Frauen. Zahlreiche Hausdurchsuchungen in Freiberg und Brand-Erbisdorf, ergebnislos. Eine politisch rechtstehende Dame der Freiburger Gesellschaft wird so verprügelt, daß

sie lahm geht. Ein Straßenpflasterer wird bei seiner Arbeit von hinten mit dem Bajonett gestochen. Ein 14jähriger Junge, der verwundet allein auf der Straße liegt, wird erneut beschossen und durch Bauchschuß schwer verletzt. Zur Arbeit Gehende werden geschlagen.

30. Oktober. Alle politischen Versammlungen werden verboten. Dreistündige nächtliche Waffenfunde im Naturfreundehaus am Zirkelstein. Ergebnislos.

31. Oktober. Dobitzsch. Waffenfunde im Gerätehause des Sportsplatzes. Ergebnislos. 12 Turner verhaftet.

1. November. Deberan. Verhaftungen, Mißhandlungen, Frauen werden aus den Betten gejagt, Möbel zerbrochen.

Flöha. Ein Gemeindevorstand wird schwer mißhandelt, weil er den Kopf nicht hoch genug hält. Seine Tochter, die sich nach ihrem Vater erkundigt, wird beschimpft („gemeine Hure“).

Protest des Rats und der Stadtoberordneten von Freital gegen die Besetzung durch Reichswehr.

2. November. Großenhain. Vom Rathaus wird mit Maschinengewehren geschossen: Schwer- und Leichtverwundete. Bei der Besetzung der „Bannmeile“ wird 1½ Stunden lang Blindlings in den Straßen umhergeführt. Erfolg: 12 Verwundete, darunter mehrere Frauen und ein Kind.

Freiberg. Die Zahl der Todesopfer liegt auf 81.

5. November. Chemnitz. Einmarschierende Reichswehr befiehlt, die Fenster zu schließen. Wo das nicht geschieht, wird geschossen. Ein Schwer- und zwei Leichtverletzte.

6. November. General Müller verhängt die Vorgesensur für alle Nachrichten über den Kampfbereich der Truppen.

7. November. Unser Zwickauer Bruderblatt wird wegen Aufforderung zum Generalfreiwiliger und offenem Kampf verboten. (Der Völkische Beobachter darf offen verknast werden.)

14. November. Garmisch. Gewerkschaftssekretär Knab wird in Schutzhaft genommen, weil er für Weiterführung eines Streiks eingetreten ist.

Dazu kommen in der Zeit zahlreiche Verbote sozialistischer und kommunistischer Zeitungen, (eine Ehre, die ja auch uns zuteil wurde).

Gesamtergebnis: 34 Tote, 110 bis 130 Verwundete in nicht ganz vier Wochen! (Die Franzosen haben es im besetzten Gebiet, das größer ist und bedeutend mehr Einwohner zählt als Sachsen, in zehnmal so langer Zeit auf rund 100 Tote gebracht!)

Staatsstreik der Ruhrindustrie

Darmstadt, 16. November. (Eig. Drahtbericht.)

Westeren erließen der Geschäftsführer des Verbandes der Eisen- und Stahlindustrie bei dem Delegierten des Dortmunder Arbeitsamtes und erklärte ihm, daß der Dreischichtbetrieb zu je acht Stunden aufhöre und an dessen Stelle zwei Schichten zu je zehn Stunden verfahren werden müßten. Er erklärte weiter, daß 30 Prozent Arbeiter zu viel im Ruhrgebiet seien und ins unbesetzte Deutschland abgeholt werden müßten, wo sie eventuell in der Landwirtschaft unterkommen könnten. Anschließend an diesen Versuch erschienen ein Vertreter des Bergbauverbandes und je ein Direktor der Werke „Scharnhorst“ und „Gneisenau“. Sie machten zunächst Mitteilung von dem Beschluß des Besetzungsverbandes, sämtliche Werke stillzustellen zum 1. Dezember zu kündigen, und erklärten weiter, daß sie es in Zukunft ablehnen müßten, ihre Betriebe als Ersatzstellen für das Arbeitsamt zur Verfügung zu stellen. Der Hinweis darauf, daß die Betriebe durch Vererbung des Ministeriums dafür bestimmt seien, wurde von den Besetzungsverbindern mit der Erklärung beantwortet, daß am ihrem Beschluß nichts zu ändern sei und daß sich die Behörden mit der Tatsache abzufinden hätten!

Der alte Plan des französischen Imperialismus, Deutschland zu teilen und zu beherrschen, hat jetzt die Unterstützung der rheinisch-westfälischen Großindustrie gefunden. Sie hat in den letzten Tagen offen ihre Bereitschaft gezeigt, die Einheit des Reiches, von Millionen von Volksgenossen unter Aufopferung von Leib und Leben monatelang verteidigt, ihren Interessen zu opfern. Anders können die von ihr im Ruhrgebiet getroffenen Maßnahmen nicht gewertet werden. Sie verfügt über das Gebiet, als ob es nicht mehr zu Deutschland gehöre und fällt sich als Beherrscherin des schwarzen und ruhigen Landes an Ruhr und Emscher. Sie sagt dem Volke, dem Staat, die Fehde an und diktiert, weil sie die Ohnmacht der heutigen Republik kennt. Der Kampf, den der deutsche Staat seit den denkwürdigen Novembertagen im Jahre 1918 um seine Existenz führt, mußte seine besten Kräfte verzehren. Die giftige Atmosphäre der Ultimaten, der offene und verdeckte Krieg Frankreichs, der in der Besetzung des Ruhrgebietes seinen paradoxen Triumph feierte, haben indes Chaos heraufbeschworen, für das allerdings die Unentschiedenheit und Unentschiedenheit der republikanischen Regierungen mitverantwortlich zu machen ist. Während aber

der Staat erlag und in politischen und wirtschaftlichen Krisen juckte, erstarb die Industrie, auf deren Rat die Regierungen der Republik nur allzu willig hörten. Sie hat die Regierung zum in der Ansicht bestärkt, es auf den Ruhrkampf ankommen zu lassen, aber die Konsequenzen lehnte sie ab und ließ sich stark genug, jenen Staat, der sie mit ins Verderben getrieben hat, die natürlichste staatsbürgerliche Pflicht, die Treue gerade in der allerhöchsten Not, zu verlangen. Bräutler setzen sich die Vertreter dieser Industrie, die „nationalen“ Männer von oben, über Gesetz und Recht hinweg und treiben Schindluder mit den Interessen einer Bevölkerung, die in heroischem Kampf den deutschen Boden und die Freiheit deutscher Arbeit verteidigt hat.

Das neueste Diktat der Eisen- und Kohlenbarone beweist, wie weit ihr Machtdünkel geht. Der Verband der Eisen- und Stahlindustrie hat am Donnerstag dem Delegierten des Dortmunder Arbeitsamtes erklärt, daß der Dreischichtbetrieb, die Schicht zu acht Stunden gerechnet, aufgehört und an seine Stelle zwei Schichten zu je zehn Stunden verfahren werden müssen. Kurz und bündig bezeichnet er 30 Prozent der Ruhrbergarbeiter als zu viel. Sie sollen nach dem unbesetzten Deutschland abgeholt werden, wo sie in der Landwirtschaft unterkommen könnten. Ebenso „sozial“ gehalten ist eine Erklärung des Vertreters des Bergbauverbandes und der Direktoren der Werke „Scharnhorst“ und „Gneisenau“. Sie machten dem Delegierten des genannten Arbeitsamtes Mitteilung von dem Beschluß des Besetzungsverbandes, sämtliche Verwaltungen zum 1. Dezember zu kündigen. Auch müßten sie es in Zukunft ablehnen, ihre Betriebe als Ersatzstellen für das Arbeitsamt zur Verfügung zu stellen. Als der Delegierte auf die Verordnung des Ministers verwies, antworteten sie ihm, an ihren Beschlüssen sei nichts zu ändern und die Behörden hätten sich mit dieser Last abzufinden.

Dieses Vorgehen der Ruhrindustriellen enthüllt eine Stufe des Kapitalismus, die manche Kosigler in Deutschland längst überwinden glaubten. Nim kommt es auf den Gewinn an. Die eigenen Volksgenossen sind nur das Werkzeug, ihn herauszuwickeln. Ist er bedroht, dann gilt die Waffe als hinderlich. Noch im Jahre 1920 bettelten Stinnes und Konforten geradezu um deutsche Arbeiter. Sie versprachen ihnen die Durchführung eines großzügigen Siedlungsprogramms, weil damals die Arbeiter zur Steigerung der Kohlenproduktion notwendig gebraucht wurden. Laufende gaben 1920 ihren Beschäftigungsfreie auf, um einmal aus nationalen Gründen zu der notwendigen Steigerung der Kohlenproduktion beizutragen, nicht zuletzt aber auch auf Grund der ihnen gemachten Verprechungen. Sie wollten sich durch Arbeit wenigstens für spätere Tage ein eigenes

heim schaffen. Heute, nachdem ihre Arbeitskraft genügend ausgenutzt ist, findet man sie überflüssig, verlangt ihre Deportation und will sie fallbüchlich dem Elend überlassen. Moral und „Volkstum“, oft gepredigte „Not- und Schicksalsgemeinschaft“ sind den Industrieburgen jetzt, wo sie wieder ihre alte Macht fühlen, lächerlicher Pöppel. Wir müssen gestehen: die französische Besatzungsbehörde war während der Okkupationszeit weniger faulherzig. Sie hat nur Tausende ausgewiesen. Die Halbgötter des Bergbauvereins und des Verbandes der Eisen- und Stahlindustrie zwingen Millionen, Heim und Ehefrau zu verlassen, wenn sie nicht verhungern wollen.

Wie bemäntelt man diese Maßregeln, die kein Beispiel in der europäischen Wirtschaftsgeschichte hat? Gewiß, das Land kann nicht mehr wie früher faulen und der Export liegt zum Teil brach. Aufträge werden stürrt und viele Schornsteine rauchen nicht mehr. Wer aber hat diese Krise verschuldet? Wer hat ihre Grundursache, die Inflation, mit allen Kräften gefördert? Der Stinnes, der ungekrönte König der Kohlen- und Stahlrepublik in Weisbaden, könnte darüber erschöpfende Auskunft geben. Eine Reihe von Wirtschaftsverbänden der Bergwarenindustrie hat ja den Verren des Verbandes der Eisen- und Stahlindustrie den Vorwurf gemacht, durch übertriebene Preise die Einkaufs- und Beschäftigungsmöglichkeit völlig untergraben zu haben. Dieselben Leute haben an der Dumpingwirtschaft profitiert und in den verflochtenen Jahren der Scheinkonjunktur jenen Devisenstock in den Tresors ausländischer Banken angelegt, der jetzt, wenn man ihn für die heimische Industrie nutzbar machen wollte, über die schlimmste Zeit hinweghelfen könnte. Wer verhinderte überhaupt die notwendige Wirtschaftsreform, um Krise und Flaute ernstlich zu Leibe zu gehen? Es waren jene Leute, die heute die Einheit eines Volkes und Einheit eines allen historischen Wirtschaftsverbänden aufs Spiel setzen, weil die Profitrate bedroht ist.

Diese Feststellung bedeutet keineswegs eine Verfeinerung des gigantischen Kampfes, der gegenwärtig im Rhein- und Ruhrgebiet um seine Industrie ausgetragen wird. Wir verfeinern auch nicht jene juchzende Forderung, die Frankreich dieser Industrie zumutet. Wenn die Ruhrindustriellen sie aber ausschließlich auf die Schultern der Arbeiterkraft abwälzen wollen, verlangen sie etwas Unmögliches. Die Ruhrindustrie will schließlich durch Verlängerung der Arbeitszeit und Reduzierung der Löhne ein neues Dumping schaffen. Sie will auf Kosten der Arbeiterkraft ihre Ware unter Preis auf dem Weltmarkt verkaufen. Sie muß wissen, daß sie damit die deutsche Wirtschaft nicht santerem fann. Nicht durch billige und Schundware, sondern durch Qualitätsware kann